

DIESE GRÜNEN!



AUSWEITUNG DER KITA-ZEITEN

■ GRÜNE BEANTRAGEN PILOTPROJEKT

Bei der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30. August 2016 wurden die interessanten Ergebnisse einer detaillierten Befragung von 4.800 Wuppertaler Eltern mit Kindern im Alter von unter drei Jahren vorgestellt.

Hierbei wurde unter anderem deutlich, dass 11-17% (je nach Alter der Kinder) der Eltern sich wünschen, ihr(e) Kind(er) auch noch nach 17.00 Uhr von der Einrichtung abholen zu können. Bei der Gesamtzahl von 4.800 Befragten ergibt sich so eine hohe dreistellige Zahl an Eltern, die einen Betreuungsplatz nach 17.00 Uhr benötigen. Zu bedenken ist, dass hier nur der Bedarf „U3“ abgefragt wurde. Eine ebenso exakte Auswertung der Betreuungsbedarfe von Eltern mit über drei-

jährigen Kindern liegt bisher nicht vor. Wir wissen, dass mit steigendem Alter der Kinder auch der Wunsch nach institutioneller Kinderbetreuung wächst (im ersten Lebensjahr des Kindes wünschen sich dies 19% der Eltern, im dritten Lebensjahr des Kindes 89%).

Aus diesem Grund ist bei den Eltern von „Ü3“-Kindern von einem genauso erheblichen Bedarf an Betreuung nach 17.00 Uhr auszugehen. Die moderne Arbeitswelt fordert von vielen Berufstätigen die Einstellung auf flexiblere Arbeitszeiten. Gerade die Verfügbarkeit hochwertiger Kinderbetreuung ist ein wichtiger Aspekt, Eltern eine Berufstätigkeit entweder überhaupt zu ermöglichen oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Für die Kinder ist ein Platz in der ersten Bildungseinrichtung ebenso



wichtig, fördert er doch die sozialen Kompetenzen. Daher hat die Fraktion der GRÜNEN im Jugendhilfeausschuss einen Antrag für ein Pilotprojekt gestellt. Im Rahmen des laufenden Verfahrens der Beteiligung von Trägern von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege zur Fortschreibung des aktuellen Bedarfsplanes für Kita-Plätze soll der folgende Beschluss umgesetzt werden:

Der Jugendhilfeausschuss soll im Rahmen eines Pilotversuches an fünf ausgewählten Kitas die Ausweitung der Betreuungszeiten bis auf 18.00 Uhr beschließen. Wir wollen mit diesem Schritt dem Bedarf von Kindern und Eltern nach modernen Betreuungszeiten in hochqualitativ arbeitenden Betreuungseinrichtungen Rechnung tragen.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser, schön, dass Sie wieder Interesse an GRÜNEN Themen haben.

Wir starten mit einem Antrag zur Verlängerung der Öffnungszeiten der Kitas, um der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Wuppertal mehr Schwung zu verleihen. Im nächsten Jugendhilfeausschuss wird darüber beraten, ob als Pilotprojekt fünf Kitas beteiligt werden oder ob das, weil es von der Opposition kommt, von SPD und CDU grundsätzlich negativ bewertet wird.

Weitere spannende Themen sind nachhaltige Investitionen, der Antrag, einen Armutsbericht für Wuppertal zu erstellen, mehr Frauen in Chefetagen und vieles mehr.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Ihr Redaktionsteam



Die Frage beantwortet Sigmar Gabriel leider mit ja, denn der SPD-Konvent stimmte für CETA. Schon im September 2015 beantragte die GRÜNE Fraktion im Stadtrat, dass Wuppertal sich zur TTIP-/CETA-freien Kommune erklären soll. Begründung: Beide Abkommen werden geheim verhandelt, Umwelt- und Sozialdumping sowie undemokratische Klagerrechte sind zu befürch-

ten, beide schwächen die öffentliche Daseinsvorsorge und den Gestaltungsspielraum von Kommunen. SPD und CDU stimmten gegen den Antrag.



Cartoon: Harm Bengen

GUTE SCHULE 2020

■ RUND 50 MILLIONEN EURO ZUSÄTZLICH FÜR WUPPERTAL

Ende August brachten der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Landtag NRW, Mehrdad Mostofizadeh, und die zuständige GRÜNE Landtagsabgeordnete des Bergischen Landes, Jutta Velte, gute Nachrichten nach Wuppertal: Die rot-grün geführte Landesregierung hat für die Kommunen ein kommunales Investitionsprogramm in Höhe von zwei Milliarden Euro aufgelegt, aus dem ab 2017 Mittel für die Sanierung von Schulen vorzuziehen und Sporthallen oder Sportplätze zur Verfügung gestellt werden. Das Verfahren soll relativ unbürokratisch und ohne komplizierte Auflagen sein, Zinsen fallen für die Städte nicht an. Da es klare Regeln zur Verteilung des Geldes gibt, können wir schon jetzt sagen, dass Wuppertal rund 50 Mio. Euro aus dem Programm erhält. Gerade für Stärkungspakt-Kommunen wie Wuppertal ist dieses Landesprogramm eine großartige Hilfe zur Konsolidierung des Haushaltes.

Mit dem Geld kann Wuppertal die Sanierung von Schulen vorziehen und Sporthallen oder Sportplätze, die von Schulen genutzt werden, instand setzen. Auch außerschulische Lernorte wie die Volkshochschule, das Historische Zentrum oder die Station Natur



und Umwelt könnten von dem Programm profitieren, bereits geplante Projekte können zeitlich früher begonnen werden.

Geplant ist, dass die Richtlinien für die Vergabe der Gelder nach der Sommerpause veröffentlicht werden. Wenn wir schnell sind, kann Wuppertal schon im Herbst eine Liste mit Projekten vorlegen, für die die knapp 50 Mio. Euro verwendet werden sollen. In Wuppertal schafft das Programm Luft auch beim Gebäudemanagement für Projekte, die bisher zurückgestellt waren und nun vorgezogen werden können. Die Stadt ist im Schulbereich ganz auf-

gestellt, sie hat in diesem Jahr bereits 30 Mio. Euro verbaut, mit den zusätzlichen Fördermitteln entsteht jedoch ein besonderer Schub für die Sanierungsrückstände im Schulbereich und bei schulisch genutzten Sportstätten. Über vier Jahre verteilt kann die Stadt pro Jahr rund 12 Mio. Euro verplanen, zum Beispiel für die Gesamtschule Else Lasker-Schüler, deren dringend benötigte bauliche Attraktivierung nach derzeitigem Stand erst ab 2021 begonnen werden soll. Nach GRÜNER Auffassung sollte hier ein Schwerpunkt beim Einsatz der Landesmittel gesetzt werden. Insbesondere die Gestaltung des

Hauptgebäudes sollte vorrangig mit den Mitteln des Landes finanziert werden, damit die „Else“ zukünftig auch baulich mit den anderen Gesamtschulen in Wuppertal mithalten kann.

Förderenswert sind auch außerschulische Lernorte in Wuppertal, beispielsweise der Fuhlrott-Campus im alten Zoogebäude, wo auch ein lehrmedizinisches Zentrum angeboten wird. Das Zoopädagogische Zentrum könnte aufgerüstet werden, Aquarium und Terrarium müssten energetisch modernisiert werden. Auch das Historische Zentrum mit Engelshaus wäre förderfähig.

Die Wuppertaler Sporthallen sind wie in ganz NRW in schlechterem Zustand als die Freiflächen, auch hier gibt es Handlungsbedarf. Wuppertal hat viele schöne, in die Jahre gekommene Sporthallen, die es verdient haben, saniert und energetisch aufgerüstet, trocken und dicht gemacht zu werden.

Wir werden uns dafür stark machen, dass die von der rot-GRÜNEN Landesregierung zur Verfügung gestellten Gelder wirklich als zusätzliche Mittel bei den Schulen ankommen und nicht als Ersatz für bereits eingelebte städtische Mittel und so zur Entlastung des Haushalts zweckentfremdet werden.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Soziale Stadt Wuppertal

Seite 3
Steigende Zahl migrantischer Unternehmen

Seite 4
Ein Neubaugebiet auf Lichtscheid – Bonjour Tristesse

Seite 4
Radhaus ratlos

Seite 5
Vorgestellt: Paul Yves Ramette



SOZIALE STADT WUPPERTAL

■ AKTIVITÄTEN AUS ZWEI STADTBZIRKEN

Das zuständige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit formuliert: „Mit dem Städtebauförderungsprogramm ‚Soziale Stadt‘ unterstützt der Bund seit 1999 die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile. Städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens sorgen für mehr Generationengerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit im Quartier und verbessern die Chancen der dort Lebenden auf Teilhabe und Integration. Ziel ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu befördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.“

Heckinghausen

Das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept vom Oktober 2014 hat nach einer Analyse der Schwachstellen und Zukunftspotenziale vier Handlungsfelder für das festgelegte Planungsgebiet herausgearbeitet: Städtebau und Stadtgestalt, Wohnen im Quartier, Gemeinschaft und Zusammenleben sowie Lokale Ökonomie und Beschäftigungsförderung.



Nachdem das Quartiermanagement seine Räume an zentraler Stelle in der Heckinghauser Straße bezogen und seine Arbeit aufgenommen hat, geht es in einem ersten Schritt darum, massiv Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Die Menschen wissen noch gar nichts von ihrem Glück, der sperrige Titel „Soziale Stadt“ gibt erst einmal nicht preis, dass es um erhebliche Millionenbeträge geht, die in das Planungsgebiet fließen. Deshalb finden in Zusammenarbeit mit dem Bürgerforum Heckinghausen jeweils mittwochs um 18 Uhr im Stadtteilzentrum Informationsveranstaltungen mit folgenden Themen statt. 28.09.: Aktu-

eller Stand, 26.10.: Verfügungsfonds, 09.11.: Spielplätze. Die Kommunikation mit und zwischen den Menschen ist der wichtigste Erfolgsfaktor für das Gelingen des Projekts. Und glücklicherweise haben wir im Stadtteil eine Wuppertaler Powerfrau, die uns dabei tatkräftig unterstützen wird: Dörte aus Heckinghausen (ja genau, die damals mit der Omma das Nagelstudio auf dem Werleberg betrieb). Mit witzigen, charmanten und die Menschen ansprechenden Aktionen wird das Projekt von der über die Grenzen Heckinghausens hinaus bekannten Kultfigur präsentiert.

Oberbarmen

Es dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben: Oberbarmen nimmt am Förderprogramm „Soziale Stadt“ teil, durch das Millionenbeträge in den Stadtbezirk fließen, damit vor Ort durch unterschiedliche Maßnahmen neue Hilfe- und Unterstützungsangebote für die Menschen etabliert werden können. Einrichtungen wie die neue Wichlinghauser Kirche als soziales und kulturelles Zentrum für Familien, der Spielplatz am Giesenberg, die Umgestaltung des Nordparks, aber auch das Quartiersma-

nagement am Wichlinghauser Markt oder das Hof- und Fassadenprogramm sollen an unterschiedlichen Stellen dazu beitragen, den Strukturwandel vor allem in Oberbarmen, Wichlinghausen und entlang der Schwarzbach voranzutreiben. Vieles bewegt sich, das Engagement der Menschen ist groß. Und trotzdem gibt es noch viel zu tun. Da kam die erste Bürgerbeteiligung für die „Umfeldgestaltung Berliner Platz“ gerade recht. Die Immanuelkirche war bis auf den letzten Platz gefüllt, viele Bürger*innen und Vertreter*innen von Vereinen und Verbänden wollten mitdiskutieren. Ziel

ist es, Ideen und Anregungen zu sammeln, um die nahe gelegenen Straßen und Plätze einschließlich des Oberbarmen Bahnhofs und des unmittelbar angrenzenden Wupperufers so zu gestalten und zu beleben, dass sich alle dort wohlfühlen können. Wollen Sie mitdiskutieren?

Dann geben Sie Ihre Ideen weiter an Stefanie Rolf (srolf@vierzwozwo.de) vom Quartiersmanagement (Telefon 97649941) oder kommen Sie zur Präsentation der Zwischenergebnisse am 08.11. um 19.30 Uhr in die Färberei am Peter-Hansen-Platz in Oberbarmen.



MEHR FRAUEN IN CHEFETAGEN

■ ANTRAG DER GRÜNEN IM RAT ABGELEHNT

In der Ratssitzung am 04.07.2016 beantragte die GRÜNE Ratsfraktion Maßnahmen, um den Frauenanteil in den Führungsebenen der städtischen Tochtergesellschaften deutlich zu steigern. Dafür machten wir einige Vorschläge. So könnten Rahmenkonzepte erarbeitet und in den Aufsichtsgremien der jeweiligen Gesellschaften konkretisiert werden oder Nachwuchsprogramme für Frauen generell sowie für Frauen, die nach der Familienzeit zurück in den Beruf kommen, aufgelegt werden.

Ein Blick auf die Realität beweist, dass ohne unterstützende Konzepte die Männer in den Führungsebenen weitgehend unter sich bleiben.

Es ging und geht uns GRÜNEN auch darum, dass bei diesem Thema die Politik transparenter wird, denn wir haben zwar oft Einfluss darauf, was in den Gremien der Stadt, nicht aber darauf, was in den städtischen Tochtergesellschaften geschieht. Deren Diskussionen finden in den Aufsichtsgremien statt, die wiederum in nicht öffentlichen Sitzungen tagen. Für uns wäre es wichtig, so große Transparenz zu schaffen, dass auch im Stadtrat darüber debattiert werden kann, wie Frauenförderung in den Tochtergesellschaften konkret umgesetzt wird.

Alle Fraktionen bekundeten bei der Diskussion unseres Antrages, wie wichtig es es fänden, wenn der Frauenanteil auf den Leitungsebenen erhöht würde, aber konkrete Initiativen wollten sie nicht beschließen.

Auch der Hinweis auf die folgenden Aussagen aus den eigenen Reihen von CDU und SPD vermochten die Blockade nicht aufzuweichen:

„Frauen müssen eine stärkere Rolle in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft spielen. Dies ist auch eine Frage der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vernunft.“

Dieses Zitat stammt aus einem Beschluss des Bundestages der CDU in Karlsruhe im Dezember 2015.

„Wir wollen nämlich kein größeres Stück vom Kuchen, wir wollen die halbe Bäckerei.“

So lautete der Wahlslogan der SPD für den 1. Mai 2015.

Als letztes Argument in der Sitzung brachten wir einen Vergleich mit der Fußball-Europameisterschaft – das Elfmeterschießen am 2. Juli war allen noch in guter Erinnerung. „Stellen Sie sich vor, beim Elfmeterschießen lässt man immer die vermeintlichen alten Hasen antreten, von denen man ganz sicher ausgeht, dass sie das Tor machen. Aber die schaffen das dann manchmal nicht. Und manchmal müssen frische Kräfte ran, die dann das entscheidende Tor schießen. So wie Jonas Hektor die deutsche Mannschaft ins EM-Halbfinale brachte, so sollen auch Frauen die Firmen voranbringen.“ Der Vergleich gefiel zwar den meisten Stadtverordneten, die Mauer der Abwehr konnte er jedoch auch nicht durchbrechen.

Alle Argumente halfen nichts, Konsequenzen in der Praxis wurden mit der Mehrheit aus SPD, CDU und FDP abgelehnt. Wir bleiben hartnäckig, denn wir wissen, dass politischer Fortschritt manchmal richtig lange dauert.



STADT IN DER PFLICHT

■ EINKOMMENSCHWACHE MENSCHEN ENTLASTEN

Menschenrechte und Klimaschutz auch bei Kapitalanlagen und Finanzen

Wir GRÜNE setzen uns für eine nachhaltige Produktion und sozial gerechten Handel ein. Auch wenn die direkten Einflussmöglichkeiten der Stadt Wuppertal in globaler Perspektive begrenzt sind, wissen wir um die Verantwortung, die sich aus der Beteiligung an Unternehmen und dem Profit dieser Beteiligung ergibt.

In den städtischen Haushalt sollen nach Möglichkeiten Erlöse fließen, die auf nachhaltigen Geschäftskonzepten beruhen. Und vor allem soll unsere Gemeinde nicht mehr von Renditen profitieren, die durch Ausbeutung oder massive Umweltzerstörung erzielt wurden.

Rückzug aus Atomkraft, Kohle & Öl

Der Rückzug aus Unternehmen, die auf Atomkraft oder auf nicht-nachhaltige und klimaschädliche Energien setzen, ist auch ökonomisch sinnvoll, da solche Beteiligungen risikobehaftet

sind. Sobald die Nationalstaaten verbindliche Klimaschutzregeln beschließen, wird dies besonders im Marktbereich der fossilen Energiewirtschaft erhebliche Kursverluste zeitigen. Erste Anzeichen dafür gibt es bereits. Dieses Phänomen wird im Jargon der Finanzmärkte als „Kohlenstoffblase“ bezeichnet, und die daraus resultierenden Risiken für private und öffentliche Anleger werden zu Recht kritisch betrachtet. Investitionen an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

In einem Antrag zur Ratssitzung am 19.9. forderten die GRÜNEN, dass die Stadt ihre Investitionen an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten, also nur noch in klimafreundliche und sozial verträgliche Anlagemöglichkeiten investieren soll. Man könnte nun fragen: „Die Stadt hat doch nur Schulden, wie soll sie dann investieren?“ Tatsächlich verwaltet die Stadt jedoch Anlagen im hohen zweistelligen Millionenbereich, zum Beispiel aus Stiftungen und zweckgebundenen Landeszuschüssen. Wir wollen, dass die Verwaltung im

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung eine örtliche Anlagenrichtlinie für kommunale Finanzrücklagen zur Entscheidung vorlegt. Soweit rechtlich zulässig, soll diese Richtlinie auch für städtische Beteiligungen und Konzerntöchter gelten.

Als ethische Mindeststandards sollen folgende Prinzipien gelten: Die Stadt Wuppertal und die von ihr gezeichneten Spezialfonds werden künftig keine Beteiligungen mehr an Unternehmen halten, die

- die Verletzung von Menschenrechten zu verantworten haben,
- Kinderarbeit zulassen,
- Militärwaffen herstellen oder vertreiben,
- auf Atomkraft oder nicht nachhaltige und klimaschädliche Energien wie Kohle oder durch Fracking gewonnenes Erdgas setzen,
- Gasgewinnung mit Fracking betreiben.

SPD, CDU und FDP wollten unseren Vorschlägen leider nicht folgen und lehnten den Antrag ab.

SOZIALES WUPPERTAL

■ EINKOMMENSCHWACHE MENSCHEN ENTLASTEN

Nein, es geht in diesem Fall nicht um das Thema „Steuersenkungen“, wie die Überschrift vielleicht vermuten lässt, sondern um den Wuppertal-Pass. Dieser wird einkommensschwachen Wuppertaler*innen, die Leistungen nach SGB XII und SGB II beziehen, auf Antrag ausgestellt. Damit gibt es vergünstigte Eintrittskarten beispielsweise für das Schauspiel oder die Oper, aber auch Ermäßigungen bei einem Nachhilfeinstitut. Wir als GRÜNE Ratsfraktion fordern, dass die Stadt den Wuppertal-Pass noch bekannter und attraktiver macht. Die Liste der

Vergünstigungen lässt sich zwar sehen, dennoch ist eine weitere Attraktivitätssteigerung vonnöten.

Während die Anzahl derjenigen, die Leistungen nach SGB XII oder SGB II beziehen, in Wuppertal seit Jahren recht stabil bleibt, ist die Anzahl der beantragten Wuppertal-Pässe rückläufig. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, lautet: Wird bei Beratungsgesprächen im Jobcenter oder im Ressort Soziales genug auf die Möglichkeit einer Beantragung hingewiesen? Dies ist laut Auskunft der Stadt im Sozialausschuss der

Fall. Vielleicht nagt ja auch der Zahn der Zeit am Wuppertal-Pass, und die vom Oberbürgermeister vollmundig angekündigte neue „Familienkarte“, die bald eingeführt werden soll, wird einen höheren Bekanntheitsgrad erlangen. All dies ist natürlich Kaffeesatzleserei. Wichtig ist: Wir brauchen ein Instrument, das einkommensschwachen Familien eine sozial-kulturelle Teilhabe ermöglicht und sie nicht weiter stigmatisiert. Die GRÜNEN werden deshalb kritisch-konstruktiv beobachten, wie sich die „Familienkarte“ entwickelt und was sie bringt.

STEIGENDE ZAHL MIGRANTISCHER UNTERNEHMEN

■ VIELFALT STATT EINHEITSBREI

Menschen mit Migrationshintergrund sind eine wichtige Bereicherung für unsere Wirtschaft. Viele von ihnen wagen den Schritt in die Selbstständigkeit, dies wird belegt durch Zahlen einer Studie der Bertelsmann-Stiftung.

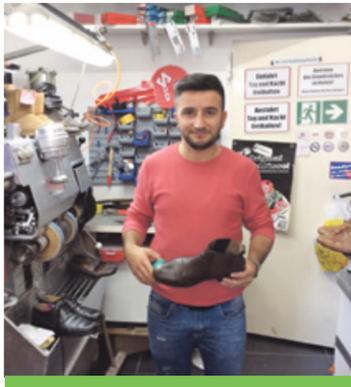
Gerade im städtischen Umfeld bereichern Einzelhandelseinrichtungen mit teils speziell ethnischen Angeboten die Konsum- und Genusslandschaft. Die Spezialitätenrestaurants und -geschäfte sind aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken und gehören längst zum Alltag.

Aber auch im Handwerk und im Dienstleistungsbereich sind Unternehmen, die von Menschen mit Migrationshintergrund geleitet werden, gang und gäbe. In migrantischen Unternehmen waren 2014 bundesweit 1,3 Millionen Arbeitnehmer*innen beschäftigt. „Unternehmer mit ausländischen Wurzeln sind ein Jobmotor für Deutschland“ sagt Aart de Geus, Chef der Bertelsmann-Stiftung.

Allerdings sind die Hürden für diese Bevölkerungsgruppe höher und das Nettoeinkommen ist deutlich – im Schnitt 30% – niedriger als für Unternehmer*innen ohne Migrationshintergrund. Es ist wichtig, die Menschen bedarfsgerecht zu beraten, doch leider gibt es keine zielgruppenspezifischen Angebote.

Einfach ist die Unternehmensgründung auf keinen Fall. Das liegt zum Teil an den rechtlichen Vorgaben, zum Beispiel für Ausländer*innen, die nicht aus der Europäischen Union kommen, aber auch an sprachlichen Problemen und der Unkenntnis der vielen bürokratischen und berufsständischen Bedingungen.

Um die Vielfalt migrantischer Unternehmen in Wuppertal zu zeigen, möchten wir fünf Unternehmer*innen vorstellen, die innerhalb von nur 200 Metern auf der Friedrich-Ebert-Straße in Elberfeld anzutreffen sind.



Angelina Bogorats stammt aus der Stadt Ufa in Baschkortostan/Russland. Sie hat noch die russische Staatsbürgerschaft und lebt seit Juli 2000 in Deutschland. An der Friedrich-Ebert-Straße Nr. 69 machte sie sich mit einer Schneiderei und Reinigungsannahme 2010 selbstständig. Frau Bogorats beschäftigt drei Angestellte, Näherinnen und Büglerinnen. Nirgendwo werden die Oberhemden so akkurat gebügelt. Freundlich und flink wird jeder Kund*innenwunsch erfüllt, und die Änderungsschneiderei bekommt viele Aufträge.

Aziz Demirel stammt aus der Türkei und lebt seit 1995 in Deutschland. Er wurde deutscher Staatsbürger und machte sich 2012 selbstständig. Er betreibt eine Schusterwerkstatt und einen Schlüsseldienst. Freundlich und kompetent führt er sein Unternehmen auf der Friedrich-Ebert-Straße Nr. 60.



Fotos: Privat

Auf der gegenüberliegenden Seite finden wir in der Nr. 74 das herrliche Café von Ivana Perez, die aus Rosario in Argentinien stammt. Sie ist italienische Staatsangehörige und lebt seit 2004 in Deutschland. 2015 machte sie sich selbstständig. Täglich wird in ihrem Café frisch gebacken und es ist für jeden Geschmack etwas dabei: köstliche Torten und Kuchen, kleine italienische Gebäckstücke und verschiedene Pizzen. Das Angebot umfasst auch belegte Brötchen und Torten auf Bestellung. Hier kann man gut verweilen und die verschiedenen Kaffeevariationen genießen. Frau Perez beschäftigt drei Angestellte.

Demir Engin wurde ebenfalls in der Türkei geboren, auch er wurde deutscher Staatsbürger. Er lebt seit 1994 in Deutschland und eröffnete 2015 den Gastronomiebetrieb „Coffee, frozen yogurt, waffle CUP.“ Sein kleiner, aber feiner Treffpunkt auf der Friedrich-Ebert-Straße Nr. 68 wird gern besucht, und man kann in ihm die verschiedensten Köstlichkeiten genießen.



Ein paar Schritte über die Straße hat sich in der Nr. 75 der Obst-, Gemüse- und Feinkostladen „Afghan“ von Hamid Asalat niedergelassen. Herr Asalat lebt seit 2001 in Deutschland und hat die deutsche Staatsbürgerschaft. 2010 wagte er den Schritt in die Selbstständigkeit. Bei ihm kann man auch Konserven, Saucen und Gewürze, Oliven und schmackhafte Käsecremes kaufen. Täglich bereitet er frischen Obstsalat. Herr Asalat beschäftigt einen Angestellten.

Schon dieser kurze Einblick zeigt, auf wie vielfältige Art die Angebote in unserer Stadt von Menschen mit Migrationshintergrund bereichert werden.



IMPRESSUM

Herausgeberin:

Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204

Fax: 0202. 59 64 88

E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Karin Bohr, Bettina Brücher, Susanne Fingscheidt, Axel Frevert, Marcel Gabriel-Simon, Guido Mengelberg, Klaus Lüdemann, Regina Orth, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz

Gastbeiträge:

Jutta Velte MdL, Bergische Landtagsabgeordnete der GRÜNEN

Dennis Pirdzuns, Kreisverband
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Satz und Gestaltung:

werkmarie, Rudolfstr. 28a,
42285 Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Mathias Kehren

Druck:

talevent GmbH, Rudolfstr. 28a,
42285 Wuppertal

Auflage: 15.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Simonsstraße 36; AstA, Berg. Universität; Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4; die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Peter-Hansen-Platz 1; Kreisgeschäftsstelle GRÜNES Büro, Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold, Untergrüne-walderstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38; Zentral- und Stadtbibliothek

Die Abgabe ist kostenlos!



Foto: Privat

GASTKOMMENTAR: GELINGENDE INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN. EIN PLAN FÜR NRW.

■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

In der Plenarsitzung vom 14.09. haben wir zunächst gegen die Stimmen von FDP und Piraten eine Resolution zur Integration, anschließend mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und GRÜNEN einen umfassenden Integrationsplan verabschiedet.

Geplant war das ganz anders. In einem langen und intensiven Diskussionsprozess während der vergangenen Monate in fast allen Fachausschüssen des Landes haben wir über die jeweiligen Integrationsanforderungen und -bedarfe gesprochen, um einen gemeinsamen, interfraktionellen Integrationsplan für das Land NRW zu beschließen. Die Diskussionen waren gut, wir haben (anschließend auch mit dem Nachtragshaushalt finanziell unterlegt) viele neue Initiativen auf den Weg gebracht und bisherige verstetigt. Kurz vor dem Ende der Verhandlungen hat sich dann die FDP aus dem Prozess verabschiedet. Ich komme nicht umhin zu vermuten, dass hierbei vor allem die Wahl im kommenden Jahr ausschlaggebend war. Die Piraten hatten mit einem eigen-



Foto: © Bildarchiv des Landtags NRW, Bernd Schälte

nen Entschließungsantrag in der Plenarsitzung versucht, sich integrationspolitisch zu profilieren, und dann sogar gegen die Resolution gestimmt. Ich bedauere sehr, dass es nicht gelungen ist, zumindest die Resolution gemeinsam zu verabschieden und damit ein über die politischen Lager hinweg geltendes Signal der Landespolitik für die

Integration der hier lebenden Menschen zu setzen. Dies hätte alle diejenigen unterstützt, die sich nach wie vor in vorbildlicher Weise für die Menschen einsetzen, die vor Krieg, Gewalt und wirtschaftlichem Niedergang hierher geflüchtet sind. Und ich meine nicht nur die vielen Ehrenamtlichen in Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Migran-

tenselbsthilfeorganisationen und Mosevereinen. Nein, auch in den Jobcentern, in Schulen, Kitas, Verwaltungen und bei der Wirtschaft wird engagiert Integration tagtäglich erarbeitet und gestaltet.

Mit unserem Integrationsplan wollen wir die notwendigen Maßnahmen besser koordinieren und ausgestalten – eine immer wieder geäußerte Forderung der Fachleute. Die richtige Schule für die Kinder und Jugendlichen, der richtige Sprachkurs, das richtige Praktikum, der passende Pate, die passende Patin – wie kommen die Menschen zusammen, wie das Angebot zu den Menschen? Hier leisten die kommunalen Integrationszentren bereits eine sehr gute Arbeit. Damit besteht fast flächendeckend eine Struktur, die wir mit diesem Integrationsplan nun weiter stärken – mit je einer weiteren Lehrer*innenstelle und weiteren Stellen für den sogenannten Querschnitt, also alles rund um Konzeption, Vernetzung und Koordination. Wir investieren zusätzlich in Sprach- und Bildungsvermittlung durch die Volks-

hochschulen, denn Sprache ist die unbedingte Voraussetzung für Integration, das gilt aber eben auch für das Wissen um die ausgesprochenen und unausgesprochenen Regeln und Werte der Gesellschaft. Um die vielen jungen Menschen, die nach NRW kommen, mit Sprach- oder Integrationskursen, einer internationalen Förderklasse an den Weiterbildungskollegs oder Berufskollegs bzw. perspektivisch mit einer Berufsausbildung oder einem Studienplatz versorgen zu können, stellen wir insbesondere die Weiterbildungskollegs noch einmal mit zusätzlichen Lehrer*innenstellen aus.

Wohnen, Sprache, Bildung, Qualifizierung, Lehre oder Studium – das sind die Bausteine, mit denen wir den geflüchteten Menschen eine Perspektive geben wollen.

Schade, dass sich CDU, FDP und Piraten nach den wirklich konstruktiven Diskussionen und Verhandlungen in den Ausschüssen nicht dazu durchringen konnten, sich hinter diesen Integrationsplan zu stellen. Damit wurde eine große Chance vertan.

EIN NEUBAUGEBIET AUF LICHTSCHEID

■ BONJOUR TRISTESSE

In der Bezirksvertretung Barmen hat die Stadt den Bebauungsplan 1237 nördliche Müngstener Straße mit der Anordnung einer Veränderungssperre für das Gelände der Polizeikasernen vorgestellt.

Im Klartext geht es darum, ein Baugelände für Wohnbebauung an diesem Standort zu entwickeln. Die Option, eine Forensik auf Lichtscheid zu errichten, wird endgültig aufgegeben. Ungeachtet des laufenden, eigentlich „ergebnisoffenen“ Bürgerbeteiligungsverfahrens haben sich Ratsmehrheit (mit Ausnahme der GRÜNEN und Linken), Oberbürgermeister und Verwaltung auf den Standort Kleine Höhe festgelegt.

Die Anordnung einer Veränderungssperre für das Gelände der Polizeikasernen soll der Stadt Einfluss auf das Planverfahren lassen. Es wird mit dem steigenden Wohnungsbedarf argumentiert. Die Kasernen sollen spätestens 2022 einem „citynahen Wohngebiet“ weichen. Die Bürgerinitiative „Keine Forensik auf Lichtscheid“ stellte am 20.06. schon einmal ihre Vorstellungen von einem attraktiven, famili-



enfreundlichen Neubaugebiet vor. Wie attraktiv dieses sein wird, ist allerdings fraglich. Bekanntlich hat die Stadt mit ihrem Baudezernenten Frank Meyer bereits bei der Genehmigung eines zweiten Baumarktes auf Lichtscheid nicht unbedingt mit bürgerfreundlicher Zukunftsorientierung brilliert. Die bestehenden Neubaugebiete Böhler Weg, Buschland etc.

sind weder schön noch zukunftsweisend. Woher nehmen die Bürgerinitiative und die Ratsmitglieder die Gewissheit, dass an der Müngstener Straße etwas anderes entstehen wird? In der Sitzung der Barmer Bezirksvertretung hat der Stadtkämmerer Dr. Slawig darauf hingewiesen, dass die Planung offen sei und das Gelände über einen Investor vermarktet werden wird. Die

Stadt Wuppertal selbst hat keine Mittel, um das Gelände vom Land zu kaufen und es selbst zu vermarkten. Das hochverschuldete Land NRW wird auf einen hohen Preis dringen. Also wird der Investor auf der überlassenen Fläche möglichst viele Parzellen bauen und diese teuer verkaufen. Visionäre Konzepte, ökologische Aspekte? Fehlanzeige. So funktionieren fast alle Neubaugebiete, innovativ sind bestenfalls die Straßennamen.

Für junge Familien sind mehrere Aspekte entscheidend: die Anbindung an Schulen und Kindergärten, die Kosten für die Kinderbetreuung, die Nähe zum Grüngürtel, der Preis für das Bauland und die Nähe zu den Arbeitsstätten. Vieles spricht hier für Lichtscheid (gute Autobahnbindung, der Grüngürtel Scharpenacken usw.), doch bei vielen Punkten hapert es auch: Die Kindergartenbeiträge sind deutlich höher als in angrenzenden Kommunen, die Grundschule am Marper Schulweg liegt zwar zentral, aber die Schulwege aus den Siedlungen sind nicht fußgänger- und kinderfreundlich. Die beiden Kindertagesstätten haben dieselbe Ver-

kehrproblematik. Je nach Anzahl der Neubauten müsste eine weitere Kindertagesstätte geplant und die Wege zu den Kindergärten und der Grundschule gesichert bzw. gebaut werden. Zurzeit ist Lichtscheid eine große Verkehrsinsel mit Wohngebieten und zwei Baumärkten. Um daraus ein „attraktives Wohngebiet“ zu machen, werden größere Investitionen vonnöten sein. Die Stadt Wuppertal wird diese aber nicht leisten können.

Über neue Wohngebiete lässt sich trefflich streiten – einfach weitere Reihenhausneubauten in die Landschaft zu pflastern, ist zu kurz gedacht. Leider hat Wuppertal bisher in keinem Stadtviertel wirklich innovative Neubaukonzepte entwickelt. Diese sind von privaten Initiativen (z. B. am Arrenberg) angestoßen worden. Das Bauamt hat schon Mühe, einen Brückenumbau wie auf der Elsa-Brändström-Straße zu stemmen – wie sollen dann Vorstellungen von Ökosiedlungen und stadtnahem Wohnen umgesetzt werden? Die Kleine Höhe wird zugebaut, damit auf Lichtscheid ein künftiger Investor ein gutes Geschäft macht. Die Kommune wird dabei leer ausgehen.

SOZIALBERICHT – AUCH FÜR WUPPERTAL

■ EIN DRITTEL UNSERER KINDER SIND ARM

Laut einer aktuellen Bertelsmann-Studie gelten 16.000 Kinder in Wuppertal als arm. Eine Zahl, die erschreckend und betroffen macht.

Auch die Anzahl derjenigen Wuppertaler*innen, die Leistungen nach SGB II beziehen, ist mit knapp 47.000 Personen (Stand: Mai 2016) immer noch sehr hoch.

Es gilt jedoch, all dies nicht zu skandalisieren und reflexartig nach Schuldigen für diese Misere zu suchen. Vielmehr müssen hier konstruktiv die Möglichkeiten ausgelotet werden, wie man dem im gemeinsamen Schulterchluss von Verwaltung, Politik und der freien Wohlfahrtspflege entgegensteuern kann.

Die GRÜNE Ratsfraktion fordert deswegen die Verwaltung auf, die wesentlichen Zahlen aus dem Sozialbericht NRW, der in diesem Sommer erschienen ist, auf Wuppertal herunterzubrechen, vor allem hinsichtlich solcher Themen wie Wohnungslosigkeit, Soziale Segregation etc. Kurzum: Wir wollen wissen, wie sich Armut in Wuppertal verändert hat, und zwar nicht nur anhand von nackten Zahlen. Wir wollen wissen, was die Zahlen konkret

bedeuten. Welche Stadtquartiere sind besonders von Armut betroffen? Welche Gründe hat dies? Welche Gegenmaßnahmen sind bereits getroffen worden? Wo sind es eher strukturell-städtebauliche Probleme, die zu einer sozialen Ghettoisierung führen?

Erst wenn alle diese Fragen beantwortet sind, kann Politik unserer Meinung nach seriös reagieren und gemeinsam mit der Verwaltung Gegenmaßnahmen entwickeln. Es wird Zeit, denn der uns vorgelegte Bericht wird dann der erste umfassende Bericht zum Thema Armut in Wuppertal sein. Einen solchen Bericht fordern wir bereits seit Jahren ein, nun wird er aufgrund unseres Antrages im Sozialausschuss am 31.08. endlich kommen können. Bisher ist eine ausführliche Berichterstattung vor allem an den fehlenden personellen Ressourcen im Ressort Soziales gescheitert. Traurig, aber wahr! Es ist fünf vor zwölf – gerade in Sachen Kinderarmut in Wuppertal. Deswegen gilt es jetzt, schnelle und gleichzeitig durchdachte Lösungen zur Eindämmung von Kinderarmut zu finden. Eine Herkulesaufgabe für alle Beteiligten. Packen wir es gemeinsam über Parteigrenzen hinweg an!



Cartoon: Harm Bengen

ARENA FÜR DEN BERGISCHEN HANDBALLCLUB

■ RÜCKZUG IN DIE SCHMOLLECKE BRINGT NIEMANDEN WEITER



Der Bergische Handballclub (BHC) wirft der Wuppertaler Politik vor, diese wolle die BHC-Arena zum Scheitern bringen.

Die GRÜNE Fraktion kann verstehen, dass der BHC unzufrieden ist, weil die Beratungen zur geplanten BHC-Arena am Piepersberg stocken. Allerdings muss sich der Verein auch die Frage stellen, ob die einseitige Schulzuweisung in Richtung der Wuppertaler Politik angemessen und richtig ist. Der BHC hat sich früh auf den Standort Piepersberg-West in Solingen festgelegt, das war vielleicht die falsche Strategie.

Sowohl die Wuppertaler CDU als auch der Parteivorsitzende der Wuppertaler SPD haben zu Recht Diskussionsbedarf angemeldet und folgen damit den GRÜNEN, denn wir haben alternative Standorte vorgeschlagen, die noch geprüft werden sollen.

Die politische Debatte über den besten Ort für die Halle ist bislang nicht öffentlich geführt worden, da die Ergebnisse der Untersuchung anderer

Standorte erst zu dem Zeitpunkt vorgelegt wurden, an dem gleichzeitig die Entscheidung für den Piepersberg vorbereitet werden sollte.

Die GRÜNEN werten die Haltung der Wuppertaler Politik nicht als eine generelle Absage an das Projekt, sondern als Angebot an den Verein, sich über die Frage auszutauschen, welche Fläche am besten geeignet ist. Wir haben hierzu bereits vor Monaten mit dem Grundstück des ehemaligen Freizeitbades Bergische Sonne einen Vorschlag eingebracht, der unseres Wissens nach von den Verantwortlichen bislang nie ernsthaft in Betracht gezogen wurde, obwohl er laut Gutachten in die engere Auswahl gezogen werden müsste.

Wir können die Unterstellung des Vereins nicht nachvollziehen, die Wuppertaler Politik verzögere die Entscheidung wesentlich, um das Projekt scheitern zu lassen. Das Gegenteil ist der Fall: Es geht um den optimalen Standort für eine Multifunktionshalle im Bergischen Städtedreieck, die langfristig erfolgreich sein kann. Dazu

fehlt seitens des BHC bis heute ein konkretes Konzept, wie nicht nur der Bau, sondern auch der Betrieb nachhaltig gesichert werden soll. Deshalb wäre es aus unserer Sicht ratsam, wenn alle Beteiligten zunächst ihre Hausaufgaben machen und ihre Beratungen abschließen würden, um das bestmögliche Resultat zu erzielen. Es muss einerseits um eine Lösung gehen, die dem BHC die sportliche und wirtschaftliche Perspektive verschafft, auch zukünftig auf Spitzenniveau mitspielen zu können, und andererseits darum, einen zentralen Hallenstandort zu finden, ohne wertvolle unbebaute Fläche zu opfern.

Alternativen sind reichlich vorhanden. Um sie zu sehen, müssten der BHC und die Stadtspitzen jedoch ihre Fixierung auf den Piepersberg ablegen, anstatt sich jetzt in die Schmollecke zurückzuziehen. Denn wir GRÜNE sind uns sicher, dass es für das Vorhaben auch eine breite politische Mehrheit in den bergischen Städten geben wird.

GASTBEITRAG: HABECK – HEYNKES – HOHE ZIELE

■ VON DENNIS PIRDZUNS FÜR DEN KREISVERBAND VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL

Was hat den GRÜNEN Umweltminister und Vize-Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein am Freitag, dem 26. August, bloß nach Wuppertal verschlagen? Die Antwort ist eigentlich klar wie das Wupperwasser, ist doch mittlerweile nicht nur Hörzu-Leser*innen bekannt, dass unsere Großstadt an der Wupper eine der grünsten in Deutschland ist. Zudem stellt die Renaturierung unseres Flusses ein Vorzeigebispiel für den Gewässerschutz dar.

Doch nicht zum Wupperufer oder auf die Hardt ging Robert Habeck mit seinen Gastgeber*innen, darunter der stadtbekannt Unternehmer und Energiewende-Enthusiast Jörg Heynkes und eine bunte Gruppe aus GRÜNER Stadtratsfraktion, GRÜNEM Kreisverband, GRÜNER Jugend und anderen Umwelt- und Klimaaktiven. Am Parkplatz des Akzenta Steinbeck ging es



Foto: Privat

los, wo erklärt wurde, wie die Gemüsepflanzen und die Fische der dortigen Farmbox in einem Nährstoffkreislauf beste Bedingungen für ihr Wohl vor-

finden. Weiter ging es in das Herz des Arrenbergs, mit Halt an den Elba-Hallen, vorbei am geplanten Innovationszentrum, hin zur ehemaligen Grund-

schule an der Simonsstraße. Heynkes präsentierte bei jeder Station die großen Ideen für das „Klima-Quartier Arrenberg“, im Innenhof des Schulbaus sprach er vom ersten Abschnitt eines komplett CO₂-neutralen Stadtteils durch die Verbindung von dezentralen Kleinanlagen zur Strom- und Wärmebereitstellung durch Sonne, Biogas und Co. Mit Robert Habeck hatte er einen hoch interessierten Zuhörer und Gesprächspartner, ist dieser neben Umwelt- doch auch Minister für Energiewende im nördlichsten Bundesland. Und der Minister zeigte sich begeistert vom ambitionierten Vorgehen der Arrenberger*innen.

Zum Ende des spannenden Ausfluges wurde neben dem hohen Ziel einer Energiewende von unten auch die Energiewende von oben, also von der Bundesebene aus, thematisiert. Schließlich bewirbt sich Habeck auf die

GRÜNE Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl 2017. Sein Ass im Ärmel ist seine Regierungserfahrung, und so will er vor allem mit pragmatischer Politikumsetzung um die Stimmen der Basis werben. Diese wird nämlich entscheiden, welche Doppelspitze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Wahl bestreitet. Um dafür vorzufühlen, war Habeck in Wuppertal an einer guten Adresse, denn hier konnte er sich bereits mit einer breiten Palette an GRÜNEN Standpunkten befassen. Für ihn und die anderen Kandidat*innen werden sicher noch viele solcher Gespräche folgen, und am Ende sind die GRÜNEN Mitglieder am Zug zu entscheiden, wer das Rennen macht.

Übrigens: Wer bis zum 1. November Mitglied wird, kann an der Urwahl teilnehmen. Ein guter Grund mehr für GRÜN!

VORGESTELLT: PAUL YVES RAMETTE



Paul Yves Ramette ist 48 Jahre alt, verheiratet und hat eine Tochter. Er lebt seit dem Jahr 2000 in Wuppertal-Cronenberg.

Als Sohn einer deutschen Mutter und eines französischen Vaters wurde er 1968 in der damaligen Landesfrauenklinik in Wuppertal geboren, wohnt seitdem im Tal und hat mit Barmen, Elberfeld und Cronenberg schon einige Stadtteile als Wohnstandort kennengelernt.

Beruflich ist er als Sozialversicherungsfachangestellter seit 26 Jahren bei einer Barmer Krankenkasse beschäftigt und im Niederbergischen im Vertrieb tätig. Im Jahre 2002 wurde er Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ist seitdem Mitglied der GRÜNEN Ratsfraktion.

Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit im Jugendhilfeausschuss besteht darin, Wuppertal kinder- und jugendfreundlicher zu gestalten, das heißt „dicke Bretter lange zu bohren“. Diese Erfahrung hat er auch in seiner über Jahre andauernden Vorstandstätigkeit für den „Verein zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Wuppertal-Cronenberg“ gemacht. Der Verein hat mithilfe vieler Kinder und Jugendlicher und des städtischen Gebäudemanagements ein altes Fachwerkhaus in Cronenberg zu einem Haus der „Offenen Tür“ umgebaut. Die leider immer noch viel zu niedrige Zahl an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder in Wupper-

tal beweist für Paul Yves Ramette stets aufs Neue, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Wuppertaler GroKo von CDU/SPD schlecht aufgehoben ist.

Der Ausbau von Kita-Plätzen könnte deutlich schneller erfolgen, auch die freien Träger mahnen ihre Beteiligung an diesem Ausbauprogramm seit Jahren an. Dass nach einer aktuellen Bertelsmann-Studie zudem 29 % der Kinder in Wuppertal in Armut aufwachsen – ein trauriger Wert in der „Spitzengruppe“ in NRW –, macht ihn wütend.

Man könnte vermuten, dass im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit, in dem er auch Mitglied ist, nicht unbedingt „kerngrüne“ Themen besprochen werden. Tatsächlich haben wir GRÜNEN es dort immer wieder mit der Sicherheit im öffentlichen Raum (zum Beispiel Videoüberwachung), der Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements unserer freiwilligen Feuerwehren oder auch mit Fragen des Tierschutzes, die von der GroKo missachtet werden, zu tun.

Es ist aus Paul Yves Ramettes Sicht nicht hinnehmbar, wenn eine Stadt von der Größe Wuppertals aufgrund der Schließung des Vohwinkeler Tierheimes demnächst ohne Tierheim auskommen muss. Schon jetzt werden die Tierheime in den Städten und Kreisen um Wuppertal herum nämlich mit den zusätzlichen Anfragen aus Wuppertal nicht fertig.

ÖFFNUNG DER B7 IM SOMMER 2017

■ EIN PLUSPUNKT NUR FÜR AUTOS?!

Wohin mit den Bussen, wenn die Ohligsmühle wieder den Autos gehört?

Seit 2014 ist die B7 gesperrt, und die Sperrung hat dazu beigetragen, dass die Bauarbeiten am neuen Döppersberg wesentlich schneller abgelaufen sind. Ein echter Pluspunkt, denn wir GRÜNE warten sehnsüchtig darauf, dass sich die Verhältnisse für Menschen zu Fuß, mit Rad und in Bus und Bahn endlich verbessern. Im Sommer 2017 soll die B7 wieder geöffnet werden, aber die Auswirkungen auf den Busverkehr wurden im Vorfeld nicht mit aller Konsequenz berücksichtigt. Durchgängig drei Fahrspuren werden den Autos zur Verfügung stehen, in den Kreuzungsbereichen sogar fünf Spuren je Richtung. Die Busse allerdings werden deutlich an den Rand gedrängt und erhalten auf der B7 keinen eigenen Raum. Da die Wuppertaler Stadtwerke den Busbahnhof an der Ohligsmühle aufgeben müssen, stellt sich die Frage: Wohin mit den Bussen, dessen Fahrer*innen gerade ihre Endhaltestelle erreicht haben bzw. Pause machen?

Die Stadtspitze betont, dass der neue Döppersberg ein Projekt für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist, aber gilt das auch für die 1,5 Jahre von Mitte 2017 bis

Ende 2018? Schließlich steht für diese Zeit kein zentraler Verknüpfungspunkt für Bus und Bahn zur Verfügung. Die Wege werden länger und komplizierter. Die Autofahrer*innen gewöhnen sich sicher schnell an die neuen Gegebenheiten, doch die ÖPNV-Kund*innen müssen weiter mit Übergangslösungen leben. Hier wünschen wir GRÜNE uns Verbesserungen, z.B. Busspuren und Haltestellen auf der neuen B7, damit der Hauptbahnhof gut zu erreichen ist. Wenn alle Verbindungen künftig über den Wall und die Morianstraße laufen sollen, dann sind die teilweise weiten Umsteigeverbindungen (z.B. von Westen und den Höhen Richtung Barmen) für die Busnutzer*innen eine Ver-

schlechterung. Ein Großteil der Kundschaft kommt übrigens nicht mit dem Auto in die City, sondern mit Bus und (Schwebe-)Bahn, mit dem Rad oder zu Fuß. Um Menschen zum Shoppen in die Stadt zu locken, sind übersichtliche Verbindungen wichtig.

Eine perfekte Lösung in der Baustellensphase wird es nicht geben, aber etwas mehr Einsatz für die Interessen der Menschen, die umweltbewusst, raumsparend und entspannt Elberfeld erleben möchten, ist nötig. Die Sperrung der B7 wurde 2014 als kreative Lösung präsentiert – überraschend, flexibel und machbar. Die Verkehrsführung für die Busse sollte nun genauso geplant werden.



RADHAUS RATLOS

■ SO WIRD WUPPERTAL KEINE FAHRRADSTADT

Mit Verärgerung haben wir GRÜNE den Bericht zum geplanten Radhaus in der Planungs- und Baubegleitkommission Döppersberg (PBK) zur Kenntnis genommen. Die WSW wollen das Radhaus weder bauen noch betreiben. Die vor der Sommerpause vorgestellten Varianten sind vom Tisch und es droht eine Kleinstadtlösung mit Fahrradboxen.

Wuppertal soll Fahrradstadt werden, doch dazu gehört auch ein funktionierendes Parkhaus für Fahrräder am Hauptbahnhof. In der aktuellen Ausgabe des Marketing-Blatts „Döppers-

berg-Journal“ wurde unter dem Titel „Wuppertal auf gutem Weg zur Fahrradstadt“ das Radhaus als zentraler Baustein des städtischen Radkonzeptes bejubelt. Jetzt droht eine Minimalösung mit Containern. Das ist nicht akzeptabel. Es geht nicht nur um eine Abstellanlage für Pendler*innen. Auch Menschen, die ihr Fahrrad nur gelegentlich nutzen (ob Wuppertaler*innen oder Tourist*innen), müssen am Hauptbahnhof die Möglichkeit haben, es sicher abzustellen.

Hier zeigt sich, dass die Verkehrsinfrastruktur für den Radverkehr am

neuen Döppersberg zu spät und nicht optimal geplant wurde. Vermutlich befürchtet die Verwaltung, dass die Radfahrer*innen ausbleiben und sich damit ein bewirtschaftetes Radhaus nicht rechnet. Für uns GRÜNE ist klar: Verkehrsteilnehmer*innen werden nur dann mit dem Rad zum Hauptbahnhof fahren, wenn es ausreichend sichere Radwege aus allen Richtungen bis zum Hauptbahnhof gibt. Hier muss nachgebessert werden. Darüber hinaus ist nicht nachvollziehbar, warum sich die Wuppertaler Stadtwerke aus dem Projekt zurückgezogen haben.

RATS-CHRONIK JULI 2016

Großveranstaltungen und Stadtteilfeste

Fast hätten die Macher*innen das Bleicherfest wegen der hohen Sicherheitsauflagen absagen müssen, die Probleme konnten jedoch am runden Tisch mit der Stadt kurzfristig gelöst werden. Damit zukünftig alles reibungslos organisiert werden kann, stellte die GRÜNE Fraktion den Antrag, dass die Stadt Veranstalter*innen bei der nötigen Technik und den Sicherheitsmaßnahmen unterstützen und frühzeitig darüber informieren soll, welche Auflagen erfüllt werden müssen. Paul Yves Ramette als ordnungspolitischer Sprecher erläuterte, dass es Mitte Juni bereits einen Austausch mit allen Veranstaltern gab. Das werteten alle Beteiligten als guten ersten Schritt. Dafür gab es GRÜNE Vorschusslorbeeren und der Antrag wurde erst einmal zurückgezogen.

Flüchtlingen helfen

Die Linke stellte einen Antrag, in dem sie das Engagement für Flüchtlinge in Wuppertal heraushebt und dafür dankt, und einen weiteren, dass die Stadt mehr Flüchtlinge aufnehmen soll. Den Wunsch können wir GRÜNEN sehr gut nachvollziehen, denn das Elend der Flüchtlinge muss so schnell wie möglich beendet werden. Die Kommune hat jedoch keinen Einfluss auf die Anzahl der Flüchtlinge. Deshalb stimmten wir dem alternativen Antrag von SPD und CDU zu, der das Engagement ebenfalls lobt und die Will-



Archivfoto: Jörg Lange

kommenskultur in Wuppertal herausstellt, aber auch an Bund und Land appelliert, dauerhaft die Kosten für die Aufnahme, Unterbringung und gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen vollständig zu übernehmen.

Wartechaos am Steinweg beseitigen

Am 24.06.2016 haben Mitglieder der GRÜNEN Ratsfraktion vor dem Einwohnermeldeamt an die Wartenden Gummibärchen als Nervennahrung für die lange Wartezeit verteilt und unseren Antrag erläutert, der die Konsequenzen aus den unhaltbaren Zuständen im Einwohnermeldeamt zieht. Statt der 2010 beschlossenen Zentralisierung der Bürgerdienste sollte das dezentrale Serviceangebot des Einwohnermeldeamtes und der Bürgerbüros schnellstmöglich und vollständig wiederhergestellt werden. Die FDP zog

mit einem eigenen Antrag nach, SPD und CDU ebenfalls. Als Ergebnis hat der Rat beschlossen, dass bis zum Ende des Jahres ein Grundsatzbeschluss vorgelegt werden soll, der aufzeigt, welche räumlichen und organisatorischen Maßnahmen ergriffen werden müssen. Die Prüfung wird auch die Auswirkungen der vollständigen Wiederöffnung der Bürgerbüros in den Stadtteilen berücksichtigen.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter www.gruene-wuppertal.de.

RATS-CHRONIK SEPTEMBER 2016

GRÜNES zum Geburtstag

Einen Tag vor der Ratssitzung feierte OB Andreas Mucke seinen fünfzigsten Geburtstag. Für die GRÜNE Fraktion ein schöner Anlass, die „GRÜNE Ader“ des roten Oberbürgermeisters zu stärken. Deshalb überreichte unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert ihm vor der Ratssitzung einen Korb mit vitaminhaltigen grünen Früchten, Fruchtgummi-Fröschen und Wein. Mal sehen, ob die Farbe Wirkung zeigt.

Lärm- und Luftschadstoffbelastungen an Landes- und Bundesstraßen

Durch eine Anfrage möchte die GRÜNE Fraktion Informationen zu Lärm- und Luftschadstoffbelastungen insbesondere an der A 46 in Höhe des Westrings und zum Ausbau der L 419 erhalten. Mit den Ausbaumaßnahmen, die in den nächsten Jahren geplant sind, gehen stärkere Beeinträchtigungen für die Bürgerinnen und Bürger einher. Wir möchten u. a. wissen, wie die Verwaltung mit den wachsenden Belastungen umgehen wird, denn sie muss die Ziele der Luftreinhaltung und der Lärmaktionsplanung einhalten. Leider lag zur Ratssitzung noch keine Antwort vor. Sobald wir sie erhalten, können Sie sie auf unserer Homepage abrufen.

Geheimgespräche zum Thema Bürgerbüros?

So titelte die Cronenberger Woche am 02. September. In dem Artikel wurde über die Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg am 31. August berichtet, in der Herr Paschalis (SPD, Dezernent für Bürgerbeteiligung) von Gesprächen mit ausgewählten Bezirksbürgermeistern zum Thema Ausweitung der Öffnungszeit der Bürgerbüros berichtet habe. Damit seien um ein Drittel höhere Kosten für die Dezentralisie-

rung verbunden. Daraufhin stellte die GRÜNE Fraktion eine Ratsanfrage, in der wir uns nach den genauen Kalkulationen und den Hintergründen, den Teilnehmer*innen und Ergebnissen der Gespräche erkundigten. Die Antwort der Verwaltung: Es gibt mehrere Arbeitskreise, die Öffnung aller Bürgerbüros würde teurer werden.

Transparenzsatzung

Damit die Wuppertaler Bürger*innen zukünftig einfacher Informationen von der Verwaltung erhalten, beantragte die GRÜNE Fraktion die Einführung einer Transparenzsatzung. Bislang muss die Einsichtnahme in Akten meist erst beantragt werden, oft fallen für diese Vorgänge auch Gebühren an. All dies sollte zukünftig nicht mehr notwendig sein, wenn die Verwaltung alle wichtigen Informationen von sich aus im Internet bereitstellt.

Unterstützung für solch ein Vorgehen hatten wir vom Bund der Steuerzahler NRW, Mehr Demokratie, Naturschutzbund (NABU) und der Antikorruptionsorganisation Transparency Deutschland, die eine freiwillige Selbstverpflichtung erarbeitet haben, die sich die Stadt zu eigen machen sollte. Leider erhielt unser Antrag keine Mehrheit, denn SPD, CDU und FDP stimmten dagegen.

Tariftreue- und Vergabegesetz NRW hat sich bewährt

Der FDP ist das von der rot-grünen Landesregierung beschlossene Tariftreue- und Vergabegesetz ein Dorn im Auge, denn per Resolution wollte sie, dass der Stadtrat es ablehnt und zu Fall bringt. Der Rat sprach sich gegen etwas aus, und zwar gegen dieses Vorhaben. Das Gesetz hat sich in der Praxis bewährt und wird gerade aktua-

liert. Bis auf die FDP waren sich die Stadtverordneten einig und lehnten die Resolution ab.

Einzelhandels- und Zentrenkonzept Elberfeld

Die Verwaltung legte eine Drucksache zur Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes in Elberfeld vor. Vor dem Hintergrund des geplanten FOC am Döppersberg stellte die GRÜNE Fraktion den Ergänzungsantrag, dass der Großteil der damit zusammenhängenden Maßnahmen vor der Eröffnung des FOC realisiert werden soll. Die BV Elberfeld hat unseren Antrag beschlossen, alle weiteren Gremien leider nicht. Dass die Vorlage Barmen nur in der Begründung nennt, ist bedauerlich, denn das FOC wird auch hier Auswirkungen auf den Einzelhandel haben. Deshalb hat die BV beschlossen, dass auch hier kurzfristig ein entsprechendes Konzept erstellt werden soll.

Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern

Der zweite Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern wurde im Rat beschlossen. Nicht alle Projekte, die im ersten Aktionsplan aufgelegt waren, wurden auch erfolgreich beendet.

Die unerledigten Themen sind jedoch in den aktuellen Plan integriert, sodass zum Beispiel auch die Wirtschaftsförderung eine zweite Chance erhält, positive Beispiele zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungs- und Entscheidungspositionen zu erstellen, die dringend erwünscht sind. Damit sollen die wenigen Frauen an der Spitze mehr weibliche Gesellschaft bekommen. Wir gaben der Vorlage im Rat gerne unsere Zustimmung.

INKLUSIV AUCH IM ALTER

Lebensqualität für Senior*innen mit Behinderung erhalten

Ein Besuch bei der Lebenshilfe in Heinsberg: In der Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) gibt es einen Werkstattraum, in dem ältere behinderte Menschen arbeiten. Einige von ihnen setzen noch eifrig Teile zusammen, andere haben sich in einen Ruhebereich zurückgezogen. Sie sitzen auf dem Sofa und hören Musik, eine Dame strickt, die Atmosphäre ist sehr entspannt. Eine Mitarbeiterin der Lebenshilfe erklärt uns: „Die älteren Mitarbeiter*innen brauchen nur noch drei Stunden pro Tag produktiv tätig sein, danach ist Entspannung angesagt.“ Die meisten von ihnen werden bald in Rente gehen – und dann?

Mit dem Eintritt in die Rente fällt ein wichtiges Stück Tagesstruktur weg, das insbesondere für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung von großer Bedeutung ist. Dieses fehlende Element muss in jedem Falle kompensiert werden. Doch dafür fehlen bisher geeignete Konzepte. Das liegt unter anderem daran, dass Menschen z.B. mit dem Gendefekt Trisomie 21 früher gar nicht so alt wurden. Doch im Zuge des medizinischen Fortschritts und der besseren Förderung ihrer Fähigkeiten erreichen sie heute ein Alter von deutlich über 60 Jahren. Deshalb ist es höchste Zeit, sich mit dieser Personengruppe zu befassen. Dabei sind zum einen die Werkstätten

gefragt, diese Menschen auf ihr Rentenalter vorzubereiten. Eventuell ist es auch hilfreich, Besuchstage anzubieten, sodass Freundschaften zu ehemaligen Kolleg*innen weiter gepflegt werden können. Zum anderen sind es die Wohnheime für behinderte Menschen, die sich darum kümmern, eine neue Tagesstruktur zu schaffen. Wichtig hierbei ist, die Betroffenen selbst und ihre Wünsche mit einzubeziehen.

Es gibt allerdings auch eine ganze Reihe von Menschen mit Behinderung, die nicht in einer solchen Einrichtung leben, sondern entweder selbstständig in einer Form des betreuten Wohnens oder sogar noch bei ihren oft hochbetagten Eltern. Vor allem für die letztgenannte Gruppe ergeben sich oft starke Brüche im Leben, wenn sich die Eltern aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr um ihre erwachsenen behinderten Kinder kümmern können. Einem solchen Bruch gilt es frühzeitig vorzubeugen und gemeinsam mit den Eltern, die oft nicht loslassen können, und dem behinderten Menschen selbst Lösungen zu finden. Der Landschaftsverband Rheinland hat das Problem erkannt und arbeitet an Konzepten. Wie die Stadt Wuppertal mit diesem Thema umgeht, wollten wir GRÜNEN mit einer Anfrage an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit erfahren. Wir hoffen, die Auseinandersetzung mit diesem Thema damit auch auf kommunaler Ebene angestoßen zu haben

NACHHALTIGES LEBEN IN WUPPERTAL:

- klimaneutrale Stadt • weniger Lärm
- bessere Luft • klimafreundliche Mobilität
- weniger CO₂ • sichere Radwege
- soziales Leben im Quartier • barrierefrei
- fußgängerfreundliche Straßen
- Tempo 30 • guter Takt bei Bus & Bahn
- mehr Lebensqualität



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ und unseren Newsletter regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

